

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 97 (2003)
Heft: 11

Rubrik: Zeichen der Zeit : Konkordanz ohne Konsens?

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Willy Spieler

Konkordanz ohne Konsens?

Die Wahlen sind vorbei. Die Wellen werfen sie freilich erst jetzt. Die SVP inszeniert sich als Wahlsiegerin – unter Berufung auf «das Volk», das sie zu 73,4 Prozent *nicht* gewählt hat. Schon am Abend des Wahltags hat Ueli Maurer den übrigen Parteien den Tarif durchgegeben: «Entweder ihr wählt Christoph Blocher als zweiten SVP-Bundesrat oder wir gehen in die Opposition.» Seither herrscht Aufregung in Medien und Parteizentralen, als ob ein Viertel der Wählerstimmen die SVP legitimierte, den übrigen Dreivierteln den Tarif durchzugeben. Es ist die grosse Stunde der Taktierer, der Verharmloser auch, die meinen, die SVP «einbinden» zu können. Was dagegen not täte, wäre eine grundsätzliche Auseinandersetzung über Inhalte und Methoden dieser Partei, die dafür mit keinem einzigen Bundesratssessel, erst recht nicht mit einem zweiten und schon gar nicht mit einem für Blocher honoriert werden dürfte. Denn die Blocher, Maurer und Co. sind ein Teil der Staatskrise, die sie herbeireden, das Problem, für dessen Lösung sie sich halten.

Eine Richtungsentscheidung

Nur weil eine Partei in Wahlen stark geworden ist, taugt sie noch lange nicht als Regierungspartei. Auch die *SP Schweiz* musste sich trotz ausgewiese-

ner Stimmen- und Mandatszahl seit 1919 (!) gedulden, bis sie 1943 als stärkste Partei mit einem Wähleranteil von 28,7 Prozent erstmals in den Bundesrat einziehen durfte. Notabene bei einer Vakanz! Der Preis war hoch: Von der SP wurde verlangt, sich zur *militärischen Landesverteidigung* und zum *sozialen Frieden* zu «bekennen». Das erste hatte sie schon am Parteitag 1935 getan, das zweite hatte ihr das «Friedensabkommen» in der Maschinen- und Metallindustrie 1937 ermöglicht. Und es brauchte erst noch die *Wende von Stalingrad*, bis es der bürgerlichen Mehrheit opportun schien, die SP in die Regierung einzubinden, und dies nicht einmal mit einer Zweiervertretung, wie sie der Wählerstärke entsprochen hätte. Aber auch die bürgerliche Seite musste sich bewegen. Sie tat erste Schritte in Richtung *Soziale Marktwirtschaft*, wozu vor allem die Einführung der AHV in der Volksabstimmung von 1948 gehörte. Beide Seiten mussten einen Preis bezahlen, um so etwas wie einen Grundkonsens unter den Bundesratsparteien herzustellen, wie er für eine *Konkordanzregierung* als erforderlich angesehen wurde.

Ist ein solcher Grundkonsens heute nicht mehr angesagt? Die Frage stellt sich zunächst im Blick auf die *Zukunft des Sozialstaates*. Es ist für die Neokonservativen symptomatisch, dass sie sich mit neoliberalen Versatzstücken munitionieren, um den Sozialstaat sturmreif zu schießen und ihre reaktionäre Gesellschafts- und Familienideologie durchzusetzen. War in der alten Konkordanz der Staat noch Garant der Verteilungsgerechtigkeit, der die Verzerrungen des Marktes bei der Einkommens- und Vermögensverteilung durch Steuererechtigkeit und Sozialleistungen korrigieren sollte, so vertritt die SVP heute das genaue Gegenteil: die massive *Umverteilung von unten nach oben*, Steuerensenkungen für die Reichen und Sozialabbau für die Armen (wenn es nicht gerade Bauern sind).

Im Pamphlet *«Freiheit statt Sozialismus»*, das Christoph Blocher vor drei Jahren flächendeckend gestreut hat, wird alles verworfen, was einmal Soziale Marktwirtschaft hiess. Blocher polemisiert gegen so «gefährliche Wörter» wie «Solidarität» und «soziale Gerechtigkeit», hinter denen er das «süsse Gift des Sozialismus» wittert. Für den Sozialstaat eintreten heisst für den Albisgütli-Redner, «das Geld anderer Leute verteilen und sich damit erst noch zu brüsten». Weiter höhnt er: «Wahrhaft soziales Verhalten des einzelnen bedeutet, für sich selbst zu sorgen und den andern nicht zur Last zu fallen.» Das alles ist *F. A. von Hayek* abgeschrieben, von der Primitivität der Albisgütli-Sprache abgesehen. Es kommt nicht von ungefähr, dass die neoliberale Glaubensgemeinschaft von St. Gallen bis zur NZZ sich von einem Bundesrat Blocher «mehr Freiheit, mehr Markt und weniger Staat» (25./26.10.03) erhofft.

Steht nach der neuen *Wende von 1989* der Sozialstaat zur Disposition? Offenkundig hat das herrschende System das verloren, was es für das Wichtigste hält: die *Konkurrenz*. Die NZZ meinte schon Ende 1996 in einem *«späten Nachruf auf die Sowjetunion»* (28./29.12.96), «die soziale Herausforderung, welche die Sowjets lanciert hätten», sei jetzt «hinfällig». Im Systemwettbewerb mit den sog. sozialistischen Staaten habe der Kapitalismus noch beweisen müssen, «dass die eigene Seite dem einzelnen auch an sozialem Schutz unvergleichlich mehr bot». Heute sei dieser Wettbewerb «nicht einmal eine Erinnerung mehr wert». Ein Bundesrat Blocher wäre dafür die Probe aufs Exempel.

Die Zukunft des Sozialstaates ist die eine *Richtungsentscheidung* in der kommenden Bundesratswahl. Die andere Scheidelinie betrifft den *Umgang mit Menschen in Not*, die von Blocher & Co. zu «Sozialschmarotern» und «Scheininvaliden» oder zu «Scheinasylanten» erklärt werden. «Weniger Solidarität – weniger Asylmissbrauch» war einmal ein

SVP-Inserat überschrieben, in dem gleich beides diffamiert wurde, die Solidarität und das Recht auf Asyl (TA 14.8.99). Solidarität mit Flüchtlingen, Sans-papiers, Menschen, denen die Integration schwerfällt, gilt als «dümmlische Moralisierung der Politik», wie das Verdikt der Parteitage von Lupfig hiess. Eben hat Blocher in seiner neuen Hauspostille behauptet, dass 95 Prozent der Asylsuchenden «Scheinasylanten» seien (Weltwoche, 23.10.03). Als ob das lauter Kriminelle wären und nicht zu einem grossen Teil Gewaltflüchtlinge, Menschen, die wegen des Non-Refoulement-Gebotes nicht ausgewiesen werden dürfen, Armutsflüchtlinge, die vor den Verheerungen eben jenes Neoliberalismus fliehen, den die SVP hierzulande am brutalsten vertritt. Diese Fremdenfeindlichkeit ist nicht irgendeine Meinung, sondern niederträchtige Demagogie.

Wie jede rechtsextreme Partei braucht die SVP ihre *Sündenböcke*. An den leeren Staatskassen sind nicht die Steuerenkungen schuld, die sie zur Bereicherung der Reichen betreibt, sondern der viel zu teure *«Asylantismus»*, wie das weitere Unwort des Albisgütli-Redners heisst. So profitieren die Reaktionäre an allen Fronten: Sie schleifen den Sozialstaat, bereichern sich durch Umverteilung von unten nach oben und sagen denen, die unten sind, schuld seien jene, die von noch weiter unten kommen und ihnen Arbeitsplätze und Sozialleistungen streitig machten. So lassen sich Wahlen gewinnen, die es erlauben, den Sozialstaat noch mehr abzubauen und dadurch noch mehr Frust zu erzeugen, der sich noch mehr ausbeuten lässt.

Es rächt sich, dass die bürgerlichen Parteien der SVP entgegenkommen, wann immer sie nach mehr Repression im Ausländerrecht giert, ja dass sie die SVP auch dann noch gewähren lassen, wenn diese *völkerrechtswidrige Asylinitiativen* lanciert. Heute kann die SVP gar den Rechtsstaat verhöhnen, wenn unser oberstes Gericht die Verfassungs-

widrigkeit willkürlicher Einbürgerungsentscheide durch das Volk feststellt. Sie tut dies mit dem Gütesiegel einer Bundesratspartei und macht damit alle zu *Komplizen*, die ihre Regierungsbeteiligung nicht in Frage stellen, sie gar noch durch eine Zweiertvertretung verstärken wollen.

Die List des schönen Scheins

Die SVP macht es den Linken im Parlament eigentlich leicht. Wird Blocher nicht gewählt, ist sie auch schon dort, wo sie hingehört, in der *Opposition*. Die Linken werden kaum den Masochismus aufbringen, den zu wählen, der sie in seinem Albisgütli-Deutsch als «Solidaritätsschwätzer» verunglimpft. Um ihn zu verhindern, bringen SP, Grüne und Alternative zudem 70 Nationalrats- und 6 Ständeratsmandate auf die Waagschale, mehr denn je in der Geschichte des Bundesstaates, weit mehr auch als die nationalegoistische Rechte.

Natürlich gibt es die Taktiker, die auf das Diktat der SVP eingehen möchten, um Blocher «einzubinden», ihn gewissermassen zu «normalisieren». Der Milliardär, der letztlich ein ressentimentgeladener Kleinbürger geblieben ist – verstossen von der *classe politique*, als er das letzte Mal zum Sprung in den Bundesrat ansetzte, nicht gewählt auch von den Stimmberechtigten im Kanton Zürich, als er 1987 für den Ständerat kandidierte, geächtet von der *classe économique*, die ihn für sein Verhalten in der EWR-Abstimmung aus dem Verwaltungsrat der damaligen Bankgesellschaft entfernte –, bekäme endlich die gesellschaftliche Anerkennung, um die er letztlich buhlt. Und die SVP könnte ihn nicht zum «halben Bundesrat» erklären wie heute Schmid und gestern Ogi. Sie wäre also eingebunden, «diszipliniert».

Und kommt diesen Taktikern nicht schon heute ein «*anderer Blocher*» entgegen, der sich als Kandidat für den Bundesrat staatsmännisch gibt, das Kollegialitätsprinzip hochhält, ja sogar die

Doppelvertretung der SP im Bundesrat respektiert? Wer's glaubt! Soviel Kreide, wie da gefressen wird, gibt's gar nicht. Vor vier Jahren ist derselbe Blocher gegen Ruth Dreifuss angetreten, um die SP aus dem Bundesrat zu katapultieren. An dieser Strategie hat sich nichts geändert ausser der *konkordanten Fassade*.

Das ist die List des schönen Scheins: Durch die Verschiebung der Gewichte im Bundesrat nach ganz rechts kann ein Blocher sich die Kollegialität weit besser leisten als eine *Micheline Calmy-Rey* oder ein *Moritz Leuenberger*, denen es immer schwerer fallen dürfte, die absehbare Entwicklung Richtung Sozialabbau und Repressionsspirale im Ausländerrecht mitzutragen. Sie könnten sich nur verbiegen oder aus der Kollegialität ausbrechen. Im ersten Fall hätte Blocher seine nützlichen Idioten und die SP verlore durch die Bundesratsbeteiligung massiv an Glaubwürdigkeit. Im zweiten, wahrscheinlicheren Fall hätte Blocher ein «kollegiales» Argument für *den Rauswurf der SP* aus dem Bundesrat. Der «*Fall Pesenti*» in der rechtsbürgerlichen Tessiner Regierung zeigt, was auf die Linke zukäme, wenn die SVP sich mit ihrem zweiten Kandidaten durchsetzen könnte.

Blocher vergleicht sich neuerdings mit *Berlusconi*. Wie recht er doch hat! Wie Berlusconi die politischen Gegner als «Kommunisten» verhöhnt, so sind sie für Blocher «Sozialisten», die er auch noch in Faschismuskäse rückt. Wie Berlusconi verurteilt Blocher die Gerichte, wenn sie entgegen seinen Interessen die Verfassung anwenden. Wie Berlusconi zündelt er mit dem Religionsfrieden, wenn er seine Zürcher SVP islamfeindliche Parolen auf Plakatwände schreiben lässt. Wie Berlusconi gehört er zu den finanzkräftigen Populisten, vor denen *Gottfried Keller* im «Fähnlein der sieben Aufrechten» warnte: «...lass aber einmal Kerle mit vielen Millionen entstehen, die politische Herrschsucht besitzen, und du wirst sehen, was die für einen Unfug treiben...» ●